

Daß Mittel- und Ostzentraleuropa dazugehören, ist unbestritten, was aber ist mit Südosteuropa? Die EU ringt derzeit mit der Osterweiterung: Enorme wirtschaftliche Asymmetrien müssen bewältigt werden, sehr junge und instabile Demokratien treffen auf Länder, in denen sich die Demokratie dauerhaft etabliert hat. Und die EU ist eine schwerfällige Bürokratie, in der nur gehandelt wird, wenn dringender Handlungsbedarf erkennbar ist. Wahrscheinlich gab es auch schon vor zehn Jahren einzelne Stimmen, die gewarnt haben, die EU müsse einen Marshallplan für den Balkan entwickeln, weil es sonst dort zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen kann. Wenn Europa dauerhaft mit sich selbst im reinen und in halbwegs politisch stabilen und rechtlich gesicherten Verhältnissen leben will, kann es nicht zusehen, wenn Tausende aus ihren angestammten Lebensverhältnissen vertrieben, aus dem Land geworfen oder umgebracht werden.

HK: *Je länger das NATO-Bombardement dauert, scheint die anfänglich überwiegende Zustimmung zu dem NATO-Einsatz auch in der deutschen Öffentlichkeit und unter deutschen Politikern zu schwinden. Wie wird sich der Kosovo-Krieg auf die*

künftige sicherheits- und außenpolitische, die friedensethische Diskussion auch bei uns auswirken?

Krell: In der gegenwärtigen Diskussion werden gerade von den friedensorientierten Gruppen die kurzfristige und die langfristige Perspektive gegeneinander ausgespielt. Die einen verweisen darauf, daß es den Vertriebenen und Verfolgten jetzt nichts nützt, wenn beklagt wird, was Europa und die Staatengemeinschaft vor zehn Jahren alles versäumt haben. Dieses Argument ist sicherlich richtig. Das andere aber auch: Hätte man vor zehn Jahren einiges anders gemacht, wäre eine solche Situation gar nicht entstanden. Die beiden Perspektiven dürfen nicht gegeneinander gestellt, sie müssen integriert werden: Was macht man in konkreten Notsituationen, in die man hineingeraten ist, weil man im Vorfeld einiges versäumt hat oder auch gar nicht einwirken konnte? Die Menschen im Kosovo, die aus ihren Dörfern vertrieben oder in ihren Häusern zusammengeschossen werden, haben Anspruch auf Schutz. Dieser Anspruch läßt sich völkerrechtlich begründen, und dieser Anspruch kann nicht ignoriert werden, wenn wir in Europa und darüber hinaus in dauerhaft friedlichen und halbwegs rechtlich geordneten Verhältnissen leben wollen.

Kinder morden Kinder

Die Vereinigten Staaten und ihre „Kultur des Todes“

Das Massaker vom 20. April in der High School von Littleton hat den Blick auf die allgegenwärtige Gewalt in den USA gelenkt, die sich nicht zuletzt in solchen Mordtaten in Schulen äußert. Die Mehrheit der Amerikaner befürwortet die Todesstrafe und trotz aller auch kirchlicher Einreden folgt eine Exekution auf die andere – Anzeichen für eine „Kultur des Todes“ im Land der Menschenrechte.

Am 3. April 1999 berichtete die New York Times, daß zwei elfjährige Zwillingbrüder in Kittrell (North Carolina) ihren Vater mit familieneigenen Waffen töteten sowie Mutter und Schwester durch Schüsse schwer verletzen. Die Kindertäter wurden inhaftiert und erwarten nun ein Verfahren wegen Mordes und schwerer Körperverletzung in zwei Fällen. Gerade einen Monat zuvor hatte die katholische Gouverneurin von Arizona, *Jane Hull*, im Zusammenhang mit den Hinrichtungen der deutschen Brüder *Karl* und *Walter LaGrand* das staatlich sanktionierte Töten verteidigt – „Bei uns ist die Todesstrafe populär“ (Süddeutsche Zeitung, 4.3.99) – und damit aufmerksame Leser in Deutschland, die das Geschehen beobachteten, das Fürchten gelehrt. *George Bush Jr.*, der sich als Gouverneur von Texas darauf vorbereitet, im Jahr 2000

als Präsidentschaftsbewerber der Republikaner benannt zu werden, vermeidet seinerseits keine Hinrichtung, die er in Texas durchführen lassen kann. Aber schon *Bill Clinton* hat in seiner früheren Amtszeit als Gouverneur von Arkansas keinen einzigen Exekutionsbefehl, der auf seinen Schreibtisch kam, in eine lebenslängliche Strafe umgewandelt. Die in Wahlkämpfen schon frühzeitig abgegebene Erklärung, daß ein Kandidat als Gouverneur die Todesstrafe ohne Milde anzuwenden gedenke, verhilft in den Staaten, welche die Todesstrafe praktizieren, in aller Regel dazu, auch in das Amt gewählt zu werden. So hatte der republikanische Gouverneursbewerber im Bundesstaat Pennsylvania im Herbst 1994 seinen Wahlspot mit der aggressiven Formel „tough on crime“ (unerbittlich gegen das Verbre-

chen) in endloser Folge über die Fernsehkanäle ausstrahlen lassen. Dieser Mann wurde im November 1994 Gouverneur, hat die inzwischen angesetzten Exekutionen durchführen lassen und ist im November 1998 wiedergewählt worden.

Im begrenzteren, dafür aber höchst konfliktreichen Kontext der Stadt New York hat der republikanische Bürgermeister *Rudy Giuliani* seit 1993 mit der griffigen Formel „zero tolerance“ (Null-Toleranz gegenüber den Verbrechern) eine rigorose kommunale Sicherheitspolitik in Gang gesetzt. Nach der Vorstellung Giulianis sollen die New Yorker Polizisten den Bürgern nicht mehr als „Freund und Helfer“, sondern als eine schlagkräftige Polizeitruppe begegnen, die auf hartes Durchgreifen gegen jede Form von Kriminalität – die dann in der Regel „schwarze“ und „hispanische“ Kriminalität bedeutet – trainiert ist.

Was soll aus den vielen unbehüteten Kindern werden, die in den schwarzen und hispanischen Armutsgghettos aufwachsen und die Polizisten immer nur als Vertreter der repressiven Staatsmacht erleben? Der Weg zum nächsten Waffenhändler ist stets kürzer als der in die zuständige Schulklasse. Kinder ermorden andere Kinder und Erwachsene nicht nur im ländlichen Kittrell von North Carolina. Erschreckend deutlich ist, daß die martialischen Imponierformeln „tough on crime“ und „zero tolerance“ lediglich die innere Hilflosigkeit der amerikanischen Gesellschaft enthüllen. Diese Formeln verhindern keinen Mord und leider auch nicht die späteren Exekutionen. Das ist der dunkle Schatten, der sich über den strahlenden Mythos vom „American Dream“ legt.

Diese amerikanische Selbstverständlichkeit konkretisierte die Gouverneurin von Arizona für eine erschrockene deutsche Öffentlichkeit. Am 3. März 1999 wurde Walter LaGrand im Staatsgefängnis von Florence (Arizona) – welch ein Mißbrauch des Kulturnamens Florenz! – in der Gaskammer hingerichtet. Ausgerechnet am Tag darauf wurde der Pilot des Unglücksflugzeugs von Cavalese – bei dem Absturz der Gondelbahn waren 20 Menschen gestorben – von der Jury eines Militärstrafverfahrens freigesprochen. Der Bürgermeister des Dolomitenorts Cavalese erkannte darin ein niederträchtiges Urteil und eine Beleidigung für die ganze Welt. Ministerpräsident *D'Alema* verstand den Spruch der Jury als Unrechtsurteil. Diese Ereignisse führten in Europa zu einer Woge der Entrüstung. Die Hinrichtung der Brüder LaGrand wurde als Produkt eines brutalen und barbarischen Rechtssystems gesehen, das dem Wesen der Demokratie widerspreche und Regeln des Völkerrechts mißachte.

Nach dem Seilbahnunglück von Cavalese war das Strafverfahren der italienischen Justiz entzogen worden, weil die NATO-Verträge – maßgeblich von den Interessen der USA geprägt – den Gerichtsstand in den USA zulassen. Der Freispruch für den Unglückspiloten führte den Hinterbliebenen und der bestürzten italienischen Öffentlichkeit vor Augen, daß die USA entgegen ersten Erklärungen des Präsidenten

zunächst weder die Verantwortung übernehmen wollten noch zur unbürokratischen Zahlung von Schadensersatz bereit schienen. Völlig konform mit dem geläufigen peinlichen Verbalismus versprach der freigesprochene Pilot nur, für die Unglücksopfer und ihre Hinterbliebenen beten zu wollen. In der öffentlichen Rede der USA wird gern geradezu inflationär gebetet: Präsident Clinton betet für alles und jeden; Hinzu-richtende beten kurz vor ihrem Tod für die Familien der Opfer; ein den italienischen Gerichten entzogener Pilot betet im fernen North Carolina für zwanzig tote Skifahrer und exkulpiert sich damit von jeder weiteren Verantwortung.

„Bei uns ist die Todesstrafe populär“

Der Eindruck täuscht nicht, daß die europäischen Staaten an den unkontrollierbaren Machtoperationen der Supermacht USA zunehmend leiden. Eine Kluft trennt europäisches und amerikanisches Rechtsempfinden, weil unter dessen Begriff Demokratie beiderseits des Atlantiks immer häufiger unterschiedliche Inhalte subsumiert werden. Aber was ist zu tun, wenn die Supermacht USA, die sich gern als die unfehlbare Vergegenständlichung des demokratischen Prinzips versteht, aus europäischer Perspektive zentrale demokratische Werte ignoriert?

Wie selten zuvor im letzten Jahrzehnt hat die Hinrichtung der Brüder Karl und Walter LaGrand grundsätzliche Fragen an die amerikanische Rechtskultur aufgeworfen. Die Süddeutsche Zeitung schrieb: „Wenn es um Mord geht, herrscht zwischen Miami und Phoenix die kodifizierte Blutrache“ (5.3.99). Was in Amerika aufleuchtet, sind Phänomene der „Kultur des Todes“, wie *Johannes Paul II.* gelegentlich formuliert.

Die Gouverneurin *Jane Hull* in Arizona ist auch zuständig für die verlassene Silberstadt Tombstone, wo vor hundert Jahren der Wildwest-Hero *Wyatt Earp* sein privates Sheriff-Recht geschaffen hatte. Auf dem alten Friedhof in Tombstone fällt ein Grabstein auf, der an einen auffälligen Sonderfall von Sterben im Wilden Westen erinnert: „M. E. Kellog, 1882. Died a natural death.“ Eines natürlichen Todes zu sterben, war im alten Arizona also eine beachtenswerte Ausnahme. Vor dem Hintergrund dieser archaisch-grausamen Rechtstradition mußte es den Bürgern von Arizona auch im März des Jahres 1999 durchaus einleuchten, daß eine Anordnung des Internationalen Gerichtshofes, welche die Bundesregierung im Fall des dann am 3. März hingerichteten LaGrand-Bruders herbeigeführt hatte, von der Gouverneurin vernachlässigt wurde.

Eingangs wurde angedeutet, daß „tough on crime“ die Formel ist, mit der amerikanische Politiker Gouverneur werden können. Und wer als Staatsanwalt oder Richter gewählt werden möchte, sollte rigorose Strafforderungen und harte Urteile in Aussicht stellen. Werden dann im Verlauf einer

Amtszeit die öffentlichen Erwartungen an eine strenge Amtsführung nicht erfüllt, dann reduziert sich jeweils die Chance, erneut in das juristische Amt gewählt zu werden.

„Warrants of execution“ oder „death warrants“ werden die Hinrichtungsbefehle genannt. Die finale Strafverfolgung wird nur selten von sozialpsychologischen Abwägungen zugunsten der Täter gemildert. Es gibt nur eine Möglichkeit, strenge und strengste Urteile zu vermeiden: als überführter Gewalttäter benötigt ein Angeklagter viel Geld, um die besten Strafverteidiger zu beschäftigen und mit ihrer Hilfe gegen die geballte Macht der Staatsanwaltschaft zu obsiegen. Dieses Element der amerikanischen Rechtsprechung ist uns aus Kriminalfilmen geläufig, die den juristischen Überlebenskampf angeklagter Mafiabosse in den dreißiger Jahren ins Bild rücken.

George Bush Jr. setzt gerade dazu an, um sich als Präsidentschaftskandidat der Republikaner für das Jahr 2000 aufzubauen. Sein politisches Kapital, das er in das Kandidatenrennen einbringt, besteht aus einer fleckenlosen Sequenz von Hinrichtungen in Texas, die er als Gouverneur exekutieren ließ. Von jetzt an bis in die Mitte des Jahres 2000 hinein wird zu beobachten sein, ob *Elizabeth Dole* – Ministerin unter Reagan; Ehefrau von Senator *Bob Dole*, der 1996 die Präsidentschaftswahl gegen Clinton verloren hat – eine Chance haben wird. Dole war fast zehn Jahre lang Präsidentin des Amerikanischen Roten Kreuzes. Diese letztere Qualifikation wird kaum genügen, sie über den texanischen Gouverneur mit vielen „erfolgreich“ durchgeführten Hinrichtungen dominieren zu lassen.

Es fehlt der kulturelle Gleichklang

Das öffentliche Leben der USA ist geprägt von der ubiquitären Härte des Staates gegen die Kapitalverbrecher, und etwa 70 Prozent aller Amerikaner (die ca. 59 Millionen Katholiken eingeschlossen) erachten das gegenwärtig für völlig normal und richtig. Weil das so ist, waren auch die Anstrengungen der deutschen Bundesregierung, in letzter Minute den Internationalen Gerichtshof im Fall des Walter LaGrand einzuschalten (Karl LaGrand war schon am 24. Februar hingerichtet worden), zum Scheitern verurteilt. Die Regeln des internationalen Völkerrechts werden in den USA immer nur dann bemüht, wenn das den amerikanischen Interessen dient. Weil die Supermacht, die ihre staatliche Existenz mit der eliminatorischen Formel „second to none“ verknüpft, sich derart verhält, wird jede andere Regierung, die jeweils eigene humanitäre Anliegen gegen die sich imperial gebärdenden USA durchsetzen will, bei diesem Vorhaben scheitern. Zwangsläufig gerät sie so in die Nähe des Papstes, der Ende Januar 1999 bei seinem Besuch in St. Louis die Amerikaner, vertreten durch Präsident Clinton und den Gouverneur von Missouri, zum Verzicht auf die unmenschliche Todesstrafe

aufforderte. Nur im Fall eines einzigen Todeskandidaten, des *Darrell Meese*, war der Papst erfolgreich: Die bereits angeordnete Exekution wurde gestoppt und die Todesstrafe durch den Gouverneur in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt. Seit dem Papstbesuch ist jedoch kaum eine Woche vergangen, in der nicht irgendwo in den USA ein Mensch hingerichtet wurde. Auch in Missouri sind die für Hinrichtungen zuständigen Behörden bereits wieder zu „business as usual“ zurückgekehrt, denn „bei uns ist die Todesstrafe populär“. Die „Kultur des Todes“ ist nicht erschüttert.

Die vier Bischöfe des Bundesstaates Massachusetts, geführt von Kardinal *Bernard Law*, dem Erzbischof von Boston, haben sich im März 1999 mit deutlichen Stellungnahmen dem Parlament von Massachusetts widersetzt, in dem die Wiedereinführung der Todesstrafe vorbereitet wird. Zwar müsse jeder Mord streng bestraft werden, doch gelte auch: „Die Todesstrafe muß zurückgewiesen werden, weil sie unwürdig ist für uns als zivilisiertes Volk“ (New York Times, 3.4.99). Dem kurzen Amerikabesuch des Papstes in den letzten Januar tagen ist zuzuordnen, daß die Amerikanische Bischofskonferenz am 2. April 1999 eine eindeutige Erklärung gegen die Todesstrafe veröffentlichte. Diese Erklärung wurde mit Absicht am Karfreitag veröffentlicht und schließt an die letzte offizielle kirchliche Verurteilung der Todesstrafe im Jahr 1980 an. Die neue Erklärung wurde von dem 55 Mitglieder umfassenden Administrative Board, das die Bischofskonferenz zwischen ihren Plenarsitzungen vertritt, erarbeitet.

Die Erklärung zeigt sich erschüttert über die wachsende Zahl von Verurteilten, die aus den Todeszellen heraus einen letztlich hoffnungslosen Instanzenkrieg gegen die langsam heranrückende Hinrichtung führen: „In den Vereinigten Staaten warten mehr als 3500 Todeskandidaten auf ihre Hinrichtung. Diese Zahl ist höchst beunruhigend. Das Tempo der Exekutionen stumpft ab. Die zufälligen Entdeckungen, daß Menschen in den Todeszellen sitzen, die unschuldig sind, sind erschreckend“ (New York Times, ebd.). Die Karfreitagserklärung der katholischen Bischöfe stellt außerdem mit entlarvender Nüchternheit fest, daß die Todesstrafe „oft ungerecht und auf der Grundlage rassistischer Befangenheit verhängt wird“. (Zum Problem des Rassismus im amerikanischen Rechtssystem vgl. HK, März 1998, 149 ff.)

Die Stellungnahme der katholischen Bischöfe, die in ähnlichen Stellungnahmen der anderen Kirchen ihre Entsprechung hat, macht den fehlenden kulturellen Gleichklang in der amerikanischen Gesellschaft sichtbar, wenn gleichzeitig mehr als zwei Drittel aller Amerikaner sich für die Todesstrafe aussprechen. Es gab nur Mitte der sechziger Jahre ein kurzes Zeitfenster, in dem die Todesstrafe von der Hälfte der Bevölkerung abgelehnt wurde und die Befürworter in die Minderheit geraten waren. Die Zustimmung zur Todesstrafe stieg dann wieder von 50 Prozent (1970) zu einem Höchst-

stand von ungefähr 80 Prozent (1988–1992) an, um gegenwärtig bei 70 Prozent zu verharren.

Es gehört zum Wesen der „Kultur des Todes“, daß religiöse Worthülsen inflationär benutzt werden, ohne daß die darin enthaltene Dekadenz überhaupt noch empfunden wird. So beendete der von der Lewinsky-Affäre gebeutelte Präsident seine Thanksgiving-Ansprache am Vorabend des 26. November 1998 mit „God bless you all“. Karl LaGrand verabschiedete sich am 24. Februar 1999 um 19.56 Uhr (Ortszeit) – genau in der Minute seiner Hinrichtung – von den anwesenden Hinrichtungszeugen mit „God bless you all, I love you“. Einen Monat später nahm ein Filmschaffender bei der Oscar-Verleihung in Hollywood die begehrte Auszeichnung entgegen und bedankte sich bei dem mondänen Publikum mit „God bless you all“.

Amerikanische Schulen gefangen im Totentanz

Am 20. April wurden die Vereinigten Staaten von einem Massaker aufgeschreckt, das zwei Schüler der High School in Littleton, einem südlichen Vorort von Denver, begingen. Einen Tag später waren die Opfer gezählt: 15 Menschen waren tot, darunter zwölf Schüler, ein Lehrer und die beiden Attentäter (17 und 18 Jahre alt), die Selbstmord begangen hatten. Die Tat der elfjährigen Zwillingbrüder in Kittrell, die Anfang des Monats im Elternhaus ihre Familie in ein Blutbad gestürzt hatten, verblaßte vor dem Hintergrund dieser neuen Gewalttat. Amerika war erschüttert, und im Weißen Haus erklärte Präsident Clinton, es sei das Ziel seiner Politik, die amerikanischen Jugendlichen vom Pfad der Gewalt abzubringen. Es wurde für die Getöteten und für die Leidtragenden gebetet. Man suchte nach Gründen, und schnell waren sich viele einig, daß die Millionen privater Waffen, die Amerika überschwemmt haben, einer der wesentlichen Gründe für das Blutbad in Littleton waren.

Einig war man sich aber auch, daß es unmöglich sein werde, die fast unkontrollierte Ausbreitung der Waffen einzudämmen oder gar zu beenden. Die Verbände der Jäger, Sportschützen und die mächtige Waffenindustrie – die „Waffenlobby“ – würden sich dem widersetzen und auf das in der Verfassung garantierte Recht auf Waffenbesitz pochen. Seit 1791 gilt nämlich das Second Amendment der amerikanischen Verfassung: „Das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, darf nicht verletzt werden.“ Kritischen Beobachtern war klar, daß die großen Verbände der „Waffenlobby“ – etwa die National Rifle Association (NRA) und die National Shooting Sports Foundation (NSSF) – sich nur wenige Tage zurückhalten würden, um dann unter allgemeiner Duldung wie immer zu argumentieren: Es sind nicht die Waffen, die diese Untaten begehen, sondern die Menschen, die sie einsetzen. Die Schuld für ein Attentat wie das von Littleton/Denver wird dann erneut auf Familien, Lehrer, Schu-

len, auf die Gesellschaft als Ganzes und auf brutalisierende Hollywood-Filme abgewälzt werden – lediglich das waffenstrotzende „brave America“ will daran keinen Anteil haben. Das alles faßt sich zusammen zu einem zynischen Selbstent-sühnungsritual in einer desorientierten Gesellschaft, die von Rom aus nicht ohne überzeugende Logik als „Kultur des Todes“ begriffen wird.

Blutige Attentate, bei denen Schüler starben, sind in USA kein Novum mehr. Schon am 1. Mai 1992 tötete ein ehemaliger Schüler in Olivehurst (Kalifornien) in seiner Schule vier Menschen, weil er den Schulabschluß nicht bestanden hatte. In Moses Lake (Washington) erschöß ein 14jähriger zwei Schüler und einen Lehrer am 2. Februar 1996. Ein Jahr später, am 19. Februar 1997, tötete ein 16jähriger in Bethel (Alaska) seinen Schulleiter und einen Mitschüler. Am 1. Oktober 1997 in Pearl (Mississippi): wiederum tötet ein 16jähriger, des Mordes an seiner Mutter verdächtigt, zwei Schüler und verletzt sieben weitere. Aber alle diese Fälle wurden bis zu diesem Zeitpunkt als besonders tragische Mordfälle abgelegt, die zufällig in Schulen stattfanden, durch Schüler begangen wurden und vor allem unter Schülern Opfer forderten.

Das allen diesen Fällen untergelegte epidemische Grundmuster wurde erst sichtbar, als am 1. Dezember 1997 in West Paducah (Kentucky) ein 14jähriger Täter drei Schülerinnen tötete und fünf andere verletzte, die sich mit einer größeren Gruppe vor Schulbeginn zu einem privaten Gebet versammelt hatten – Paducah liegt eindeutig im Bible Belt. Plötzlich war eine Struktur deutlich geworden, die alle früheren Fälle zu einem einzigen Phänomen zusammenband. Betroffen waren jeweils Schulen im ländlichen Raum. Die Täter kamen meistens aus bürgerlichen Mittelstandsfamilien und hatten sich ihre Waffen in der eigenen Familie besorgt. Was seit Paducah erschreckte, war, daß plötzlich das seiner selbst gewisse ländliche, provinzielle Amerika, also auch der fromme Bible Belt, an Phänomenen litt, die man bisher nur den Armutsgghettos der Großstädte – Harlem und Bronx in New York, den schwarzen Neighborhoods in Washington, D. C., und dem hoffnungslosen South Central Los Angeles, von wo aus sich 1992 nach einem rassistischen Unrechtsurteil blutige Rassenunruhen über die USA ausgedehnt hatten – zugetraut hatte. Auf einmal merkte das konservative Amerika: die brutalen Grausamkeiten der städtischen Ghettos hatten die bedenkenden Schüler von Paducah erreicht.

Die Medien begannen gründlich zu informieren, weil die verunsicherte Bevölkerung nach genauen Informationen verlangte. Die New York Times präsentierte schon wenige Tage nach Paducah einen Bericht über ein Privatschule in New Freedom (Pennsylvania), in der die Schüler der 6. Klasse vor der jährlichen Jagdsaison jeweils zwei Wochen lang im sicheren Umgang mit Jagdwaffen unterrichtet werden (7.12.97). Aus dem Weißen Haus kam prompt die Verfügung, daß ab

sofort ein jährlicher Bericht über „school violence“ zu erstellen und der Öffentlichkeit zu übergeben sei.

Das Strafverfahren gegen den jungen Täter von Paducah wurde am 5. Oktober 1998 ohne Jury durch eine Vereinbarung zwischen Anklage und Verteidigung abgeschlossen. Der inzwischen 15 Jahre alte Täter erklärte sich als „guilty but mentally ill“. Der Richter stimmte der Vereinbarung zwischen den Prozeßparteien unter der Bedingung zu, daß das Urteil „life in prison without possibility of parole for 25 years“ zu lauten habe (New York Times, 6. 10. 98). Dieses Urteil für einen Schüler von 14 Jahren (bei der Tat) zeigte, daß von einem erstzunehmenden Jugendstrafrecht nicht die Rede sein kann.

Wir wollen dieses Urteil noch einen Moment lang betrachten. Wäre der junge Schütze von Paducah ein jugendlicher Schwarzer ohne beschützendes Elternhaus und ohne einen einsatzfreudigen Verteidiger gewesen: Wäre dann nicht gut vorstellbar, daß dieser wegen dreifachen Mords und fünffachen versuchten Mords zum Tod verurteilt worden wäre? Am 4. Februar 1999 – der Papst war gerade wieder zurück in Rom – wurde das deprimierende Beispiel aus Oklahoma geliefert, wo ein 29-jähriger Mann mit einer Giftspritze hingegriffen wurde, der im Alter von 16 Jahren seine Eltern und eine dritte Person getötet hatte.

Der jährliche Bericht über „school violence“, den Präsident Clinton im Zusammenhang mit dem Schulattentat von Paducah angeordnet hatte, füllte sich sehr schnell im Jahr 1998. In Jonesboro (Arkansas) erschossen am 24. März 1998 zwei miteinander verwandte Buben, elf und 13 Jahre alt, vier Schülerinnen und eine Lehrerin; zehn Kinder und eine weitere Lehrerin wurden verletzt. Genau einen Monat später wurde in Edinboro (Pennsylvania) am 24. April 1998 während eines Schulballs ein Lehrer getötet; zwei Mitschüler und eine Lehrerin wurden verletzt; der Schütze war 14 Jahre alt. Am 19. Mai 1998 erfaßte die Tötungssorgie unter Schülern das kleine Fayetteville in Tennessee (8000 Einwohner): ein Mitschüler wurde von einem 18-jährigen Täter auf dem Parkplatz der Schule erschossen. Am 21. Mai 1998 tötete ein 15-jähriger in Springfield (Oregon), ehe er zur Schule aufbrach, seine Eltern und später in der Cafeteria der High School zwei Schüler.

Die weniger spektakulären Vorfälle wurden kaum noch wahrgenommen und waren auch nicht mehr zu zählen: In St. Charles (Missouri) planten drei Jugendliche einen Feuerüberfall auf ihre Schule nach dem Muster von Jonesboro am 24. März; in Onalaska (Washington) starb ein Schüler, der seine Freundin mit Gewalt aus dem Schulbus gedrängt hatte und sich vor aller Augen erschoss. Eine Epidemie von Tötungen in Schulen, von Schülern begangen, hat Amerika erfaßt. Die unvollständige Statistik besagt, daß im Schuljahr 1996/97 mehr als 6000 Schüler der Schule verwiesen wurden, weil sie Waffen der verschiedensten Art in ihre Schulen mitgebracht hatten.

Ein einzelnes Ereignis darf nicht unterschlagen werden, das sich auf fast ironisch-satirische Art in das tragische Gesamtbild der amerikanischen High School-Wirklichkeit einfügt. In South Belmar (New Jersey) – der winzige Ort hat gerade 1566 Einwohner – sollte am 1. Oktober 1998 ein 15-jähriger Schüler der Academy Charter High School vor der versammelten Schulgemeinde, ein paar Elternvertreter eingeschlossen, zum „student of the month“ gekürt werden. Dieser Schüler hatte die höchste Punktzahl im Kurs für neue Medien erzielt. Als das Jungtalent unter Beifall gerade die Bühne betreten hatte, fiel ihm dummerweise seine Handfeuerwaffe – gottlob ungeladen – aus der Hosentasche. Plötzlich war die Feier aus und der Schüler wurde suspendiert. Unerlaubter Besitz einer Feuerwaffe in der Schule – der Traum von der Karriere als Medienexperte war erst einmal ausgeträumt. Wie in einer Slapstick Comedy, eine Szene für einen Film von Woody Allen. Für dieses Mal hatte die tragische, deprimierende Epidemie, die Amerikas Schulen erfaßt hat, keine Opfer gefordert.

Psychopathologie der „Kultur des Todes“

Drei Tage nach dem Attentat von Littleton bei Denver wurde ein Gesetz zur strengeren Kontrolle des zivilen Waffenhandels angekündigt. In vorauseilender Anpassung an die Interessen der Waffenlobby waren die aus der Regierung heraus geäußerten Vorschläge matt und beliebig. Den mächtigen Profiten aus dem Waffenverkauf würde das neue Gesetz kein spürbaren Abtrag tun. Die Wahlkämpfe auf staatlicher und Bundesebene, die im Jahr 2000 bevorstehen, lassen die Politiker schon heute in Erwartung der Geldspenden der Waffenlobby den Mund nicht allzu voll nehmen. Die Lust vieler Amerikaner, ihr Verfassungsrecht, Waffen zu besitzen und zu nutzen, täglich für sich anzuwenden, wird durch die Tragödien, die in den Schulen stattfinden, kaum gemindert. Die Gegner des permissiven Waffenbesitzes – die Kirchen, Bürgerrechtsgruppen, Eltern- und Lehrerverbände, Mediziner und Psychologen, außerdem sogar eine Schar bewundernswürdiger Politiker – haben gegen die Waffenlobby eine schwache Position.

Es bleibt zu fragen, ob zwischen der privaten Waffensucht der Amerikaner und der kollektiven, überindividuellen Ideologie der Supermacht USA, die jeweils unabhängig von Partei und Herkunft der gerade amtierenden Politiker als „unfehlbar“ und „moralisch vorbildlich“ verstanden werden will, ein innerer Zusammenhang besteht. Ob die erlaubten Waffen dazu dienen sollen, im privaten Bereich von Individuum zu Individuum Recht, Ordnung und Moral durchzusetzen? Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei einem solchen Ansatz die politische Psychologie der USA leicht in die Psychopathologie einer „Kultur des Todes“ übergehen würde. Die beschriebenen Beispiele deuten darauf hin, daß die amerikanische Gesellschaft zum Opfer ihrer politischen Ausweg-

losigkeit und ideologischen Verhärtung werden kann. Und wenn die USA zum Opfer ihrer inneren Konflikte werden, dann werden auch andere Staaten und Gesellschaften zu Opfern, weil es sich bei Gesellschaften, die wie kommunizierende Gefäße miteinander verbunden sind, so verhalten muß.

Die Projektion einer diffusen Zukunftserwartung auf eine irgendwie geartete „neue Zeit“ jenseits des Jahres 2000 hält gerade noch für einen kurzen Moment. Für die Wahlkämpfe

des Jahres 2000 und für ein paar aufwendige Börsenprospekte einiger Großfirmen, die zu noch gigantischeren Firmen fusionieren, mag das gerade noch reichen. Auch die unerklärte Tötungsepidemie an den High Schools mag noch einmal hinter dem immer mehr suspekt werdenden Jahr-2000-Motiv zurücktreten. Aber die Zeit ist knapp geworden bis zu jenem schlimmen Tag, an dem alle merken werden, daß die „Kultur des Todes“ die amerikanische Welt auch im neuen Jahrhundert dominieren wird. *Hermann Vogt*

Das Christentum entdecken

Hans Maier über Konfessionen und Ökumene

Am 7. Mai erhielt Hans Maier, Inhaber des Münchner „Guardini-Lehrstuhls“ für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie, den Romano-Guardini-Preis der Katholischen Akademie in Bayern. Wir veröffentlichen – leicht gekürzt – seine Rede bei der Preisverleihung: Sie ist ein biographisch getönter Blick auf das Christentum in seiner konfessionellen Vielfalt und die Chancen der Ökumene.

Das Christentum *entdecken* – muß man das denn erst? Blüht es etwa im Verborgenen, im Geheimen? Das wäre doch merkwürdig bei einer Weltreligion von rund zwei Milliarden Menschen (alle Konfessionen zusammengenommen), die in sämtlichen Weltteilen anzutreffen ist. Nein, unbekannt ist das Christentum wahrhaftig nicht. Dennoch muß man es immer wieder neu entdecken wie einen fremden Kontinent. Ich bin geboren in einer katholischen Familie, aufgewachsen in einer überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, katholischen Umgebung. Ich hatte also das, was man eine „katholische Kindheit“ nennt – heute ja ein richtiges Literatur-Genre mit nostalgischen oder traumatischen Zügen. Am Weißen Sonntag 1942 ging ich im Freiburger Münster zur Erstkommunion. Ministrant wurde ich in Maria-Hilf, in einer neubarocken Kirche mit unzähligen Engeln in Weiß und Gold. Damals mußte ein Ministrant noch eine Menge Latein auswendig können, ein ganzes Zaumzeug lateinischer Reden wurde ihm angelegt, ehe er zu den Altarstufen traben durfte, zu Leuchtern und Schellen, Schiffchen und Weihrauchfaß. Während wir „Kleinen“ in roten Röcken am Altar herumstolperten und lateinisch radebrechten, während wir „Quia tu es“, „Et cum spiritu tuo“ und „Suscipiat“ auswendig lernten, Wasser und Wein einschenkten und zur Wandlung läuteten, hatten die Älteren im schwarzen Rock, die Oberministranten und Zeremonienmeister, schon ihren Einberufungsbefehl in der Tasche oder erwarteten ihn bald. Es war ja Krieg. Sie verschwanden plötzlich – zur Flak oder zur Front.

Wir Jüngeren erhielten, weit vor der Zeit, das Schiffchen oder das heißbegehrte Rauchfaß in die Hand gedrückt. Rätselhafterweise gab es noch immer irgendwo Holzkohlen und Weihrauch für die Maiandacht, das Hochamt, die Ewige Anbetung.

Der Jugendkaplan, in Freiburg Vikar genannt, spielte mit uns auf dem Pfarrhof Fußball, ohne die Soutane abzulegen – das machte ihm keiner so leicht nach. Auf seinem Zimmer hörten wir Schallplatten, damals noch eine Kostbarkeit: „O wie schön ist Deine Welt“ von Schubert, „Mondnacht“ von Schumann und einen ganzen Abend lang, zur Belohnung für das Richten des riesigen Adventskranzes, die „Pathétique“ von Tschairowskij. Aber der Vikar Ketterer erzählte uns auch von Heinrich Brüning und Ludwig Wolker, er schaltete kurzerhand den Professor Salis von Radio Beromünster ein (was streng verboten war), er erörterte die Kriegslage mit uns, sprach davon, wie es in Afrika, in Italien, in Rußland aussah.

Eine in sich geschlossene katholische Welt?

Ich hatte inzwischen den Chorraum mit der rückwärtigen Empore vertauscht und war Organist geworden (der richtige Organist war im Krieg). Die Orgel klang herrlich; manchmal freilich blieb der Strom aus, dann fiel der Ton in sich zusammen. Ich übte und übte, meine Hände und Füße glitten über